Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Gesetz- und Verordnungsblätter - digitalisiert

Land Baden

Karlsruhe, 1803 - 1952

Nummer 11/12/13/14

urn:nbn:de:bsz:31-33161

Visual Library

BADISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

Regierungsblatt der Landesregierung Baden

5. Jahrgang | Ausgegeben in Freiburg i. Br. am 4. Mai 1950 | Nummer 11/12/13/14

Inhalt

Landesgesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen

Landesgesetz vom 7. Februar 1950 zur Änderung des Gesetzes über die Schulpflicht im Deutschen Reich (Reichsschulpflichtgesetz vom 6. Juli 1938) (RGBl. I S. 799) 123

Landesgesetz vom 15. März 1950 zur Änderung des Landesgesetzes über die vorläufige Regelung des Dienststrafrechts 123

Verordnung vom 5. April 1950 über Erhebung der Kirchensteuer 1950 und 1951 123

Verordnung vom 6. März 1950 zur Ergänzung der Verordnung über Preise für Mais und Mahlerzeugnisse aus Mais vom 23. Dezember 1949 (Bad. GVBl. 1950 S. 25 f) 124

Verordnung vom 6. März 1950 über Preise für festes Speisefett 124

Bekanntmachung vom 14. April 1950: Entscheidung des Badischen Staatsgerichtshofes . . . 124

Bekanntmachung vom 23. Januar 1950 über Metallpreise (MP 17) 125

Ausweis der Landeszentralbank von Baden vom 31. März 1950 125

Ausweis der Landeszentralbank von Baden vom 7. April 1950 125

Ausweis der Landeszentralbank von Baden vom 15. April 1950 126

Ausweis der Landeszentralbank von Baden vom 23. April 1950 126

Beilage

Endgültige Entscheidungen im Verfahren der politischen Säuberung (116. Fortsetzung)

A. Urteile im Spruchkammerverfahren . . . 23

B. Berichtigungen 26

Zeitliche Inhaltsübersicht, alphabetisches Sach- und Personenregister für das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt **Jahrgang 1949** (Nr. 1 bis 51)

Landesgesetz

zur Änderung des Gesetzes über die Schulpflicht im Deutschen Reich (Reichsschulpflichtgesetz vom 6. Juli 1938) (RGBl. I S. 799)

vom 7. Februar 1950

Das Badische Volk hat durch den Landtag am 7. Februar 1950 folgendes Gesetz beschlossen:

Einziger Paragraph

Die Vorschrift des § 9 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Schulpflicht im Deutschen Reich (Reichsschulpflichtgesetz vom 6. Juli 1938) (RGBl. I S. 799) wird wie folgt geändert:

„Die Berufsschulpflicht dauert drei Jahre."

Dieses Landesgesetz wird hiermit im Namen des Badischen Volkes verkündet.

Freiburg i. Br., den 19. April 1950

Die Landesregierung

Wohleb

Landesgesetz

zur Änderung des Landesgesetzes über die vorläufige Regelung des Dienststrafrechts

vom 15. März 1950

Das Badische Volk hat durch den Landtag am 15. März 1950 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Absatz 2 des § 6 des Landesgesetzes über die vorläufige Regelung des Dienststrafrechts vom 13. August 1948 (Bad. GVBl. 1948 Seite 153) erhält folgende Fassung:

Die übrigen Beisitzer werden von der Landesregierung aus dem Kreis der planmäßigen Beamten jeweils für die Dauer eines Jahres ernannt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1950 in Kraft.

Dieses Landesgesetz wird hiermit im Namen des Badischen Volkes verkündet.

Freiburg i. Br., den 29. April 1950

Die Landesregierung

Wohleb

Verordnung

über Erhebung der Kirchensteuer 1950 und 1951

vom 5. April 1950

Gemäß Artikel 12 Absatz 1 Landeskirchensteuergesetz und Artikel 12 Absatz 1 Ortskirchensteuergesetz werden als Steuergrundlagen für die Kirchensteuerjahre 1950 und 1951 bestimmt:

I. a) bei den Lohnsteuerpflichtigen die für die Kalenderjahre 1950 und 1951 jeweils zu erhebende Lohnsteuer;

Badische Landesbibliothek

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

b) bei den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen die für die Kalenderjahre 1950 und 1951 jeweils festgestellte Einkommensteuer.

II. Im übrigen
a) bei der Grundsteuer die für das Rechnungsjahr 1949 festgestellten Gewerbesteuermeßbeträge.
b) bei der Gewerbesteuer die für das Kalenderjahr 1949 festgestellten Gewerbesteuermeßbeträge.

III. Bis zur Feststellung dieser Steuergrundlagen können in den Kirchensteuerjahren 1950 und 1951 Vorauszahlungen nach den zuletzt festgestellten Steuergrundlagen erhoben werden.

IV. Die Kirchensteuer vom Einkommen wird jeweils für das Kalenderjahr, die Kirchensteuer vom Grundvermögen und Gewerbebetrieb jeweils für das Rechnungsjahr als Kirchensteuerjahr erhoben.

Freiburg i. Br., den 5. April 1950

Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts
Wohleb

Verordnung
zur Ergänzung der Verordnung über Preise für Mais und Mahlerzeugnisse aus Mais vom 23. Dezember 1949 (Bad. GVBl. 1950 S. 25 f.)
vom 6. März 1950

Auf Grund von § 2 des Preisgesetzes vom 10. April 1948 (WiGBl. S. 27) in Verbindung mit dem Gesetz zur Verlängerung des Preisgesetzes vom 3. Februar 1949 (WiGBl. S. 14) und § 1 Abs. 1 und 2 Ziff. 4 des Gesetzes zur Erstreckung und zur Verlängerung der Geltungsdauer des Preisgesetzes vom 21. Januar 1950 (Bundesgesetzblatt S. 7) wird zur Angleichung an die Preisregelung im übrigen Bundesgebiet im Einvernehmen mit dem Badischen Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung für das Land Baden folgendes verordnet:

§ 1

§ 2 der Verordnung über Preise für Mais und Mahlerzeugnisse aus Mais vom 23. Dezember 1949 (Bad. GVBl. 1950 S. 25 f.) wird durch folgenden Absatz 3 ergänzt:

„(3) Absatz 1 und 2 gelten entsprechend auch für ausländischen Mais und Milokorn, die nachweislich zur Herstellung von Nährmitteln oder Stärken verwendet werden."

§ 2

Diese Verordnung tritt rückwirkend vom 1. Juli 1949 an in Kraft.

Freiburg i. Br., den 6. März 1950

Badisches Ministerium der Wirtschaft und Arbeit
Dr. Lais

Verordnung
über Preise für festes Speisefett
vom 6. März 1950

Auf Grund von § 2 des Preisgesetzes vom 10. April 1948 (WiGBl. S. 27) in Verbindung mit dem Gesetz zur Verlängerung des Preisgesetzes vom 3. Februar 1949 (WiGBl. S. 14) und § 1 Abs. 1 und 2 Ziff. 4 des Gesetzes zur Erstreckung und zur Verlängerung der Geltungsdauer des Preisgesetzes vom 21. Januar 1950 (Bundesgesetzblatt S. 7) wird zur Angleichung an die Preisregelung im übrigen Bundesgebiet im Einvernehmen mit dem Badischen Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung für das Land Baden folgendes verordnet:

§ 1

(1) Für festes Speisefett aus pflanzlichen und tierischen Rohstoffen mit Ausnahme von Margarine und Schmelzmargarine werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

a) bei Abgabe an den Großhandel frei Station des Empfängers — DM 235.— je 100 kg,
b) bei Abgabe an den Einzelhandel frei Haus oder Laden des Einzelhändlers — DM 250.— je 100 kg,
c) bei Abgabe an Großverbraucher bei Lieferung von mindestens 10 kg frei Haus des Empfängers — DM 265.— je 100 kg,
d) bei Abgabe an den Verbraucher — DM 280.— je 100 kg.

(2) Für geschmeidiges Speisefett aus pflanzlichen und tierischen Rohstoffen ist ein Zuschlag bis zu DM 6.— je 100 kg zu den im Absatz 1 genannten Preisen zulässig.

§ 2

(1) Die Preise des § 1 verstehen sich einschließlich handelsüblicher Verpackung. Erfolgt die Lieferung ab Auslieferungslager des Herstellers am Ort der Betriebsstätte des Empfängers, so gilt der Preis ab Auslieferungslager. Bezieht der Abnehmer ab Fabrik, so ist die tarifliche Bahnfracht vom Preise abzusetzen. Bei Lieferung frei Lager des Großhändlers können vom Hersteller als Rollgeld die bahnamtlichen Speditionssätze gesondert in Rechnung gestellt werden. Die Abgabepreise bei Abgabe an den Großhandel gelten auch für geschlossene Lieferungen des Herstellers an Zentrallager von Filialbetrieben, wenn ein Mindestumsatz von wöchentlich 100 kg im Durchschnitt eines Vierteljahres erreicht wird.

(2) Großverbraucher im Sinne dieser Verordnung sind alle Verbraucher, die die Ware nicht unverarbeitet weiterveräußern und deren Bezugspreise keiner Sonderregelung unterliegen.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Landesverordnung über Preise für festes Pflanzenspeisefett vom 31. August 1949 (Bad. GVBl. S. 428 f.) außer Kraft.

Freiburg i. Br., den 6. März 1950

Badisches Ministerium der Wirtschaft und Arbeit
Dr. Lais

Bekanntmachung
Entscheidung des Badischen Staatsgerichtshofes

Der Badische Staatsgerichtshof hat in der verfassungsrechtlichen Streitsache des Dipl.-Ing. E. Kennel in Konstanz

gegen

das Land Baden

wegen

Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Landesverordnung über die Rechtsverhältnisse der aus politischen Gründen aus dem Amt entfernten Beamten vom 6. August 1949 (Bad. GVBl. S. 289 f.) durch Urteil vom 20. März 1950 (StGH 5/49)

für Recht erkannt:

„Die Klage des Dipl.-Ing. Ernst Kennel gegen das Land Baden auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Landesverordnung über die Rechtsverhältnisse der aus politischen Gründen aus dem Amt entfernten Beamten vom 6. August 1949 (Bad. GVBl. S. 289 f.) wird als unzulässig abgewiesen, da der einzelne Staatsbürger nicht berechtigt ist, im Falle des Art. 114 der Badischen Verfassung den

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischen Staatsgerichtshof unmittelbar wegen Verfassungs- oder Gesetzwidrigkeit einer Rechtsvorschrift anzurufen."

Freiburg i. Br., den 14. April 1950

Die Landesregierung
Wohleb

Bekanntmachung
über Metallpreise (MP 17)
vom 23. Januar 1950

Auf Grund des § 2 der Landesverordnung über Preise für Metalle vom 26. August 1949 (Bad. GVBl. S. 375) werden folgende Änderungen von Höchstpreisen für Metalle bekanntgegeben:

1. Kupfer (Elektrolytkupferkathoden) DM 184.50 je 100 kg
2. Kupferdrahtbarren DM 186.— je 100 kg
3. Die in der Bekanntmachung über Metallpreise (MP 16) vom 15. November 1949 (Bad. GVBl. 1950 S. 38) verzeichneten Höchstpreise für Kupfer werden hiermit gegenstandslos.
4. Diese Preise gelten ab 7. November 1949.

Freiburg i. Br., den 23. Januar 1950

Badisches Ministerium der Wirtschaft und Arbeit
Dr. Lais

Ausweis der Landeszentralbank von Baden vom 31. März 1950 (Beträge in 1000 DM)

AKTIVA:		
Kassenbestand* (20 960)		
Guthaben der BdL**		10 217
Postscheckguthaben		27
Wechsel und Schecks		277
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen sonstiger öffentlicher Stellen		5 150
Ausgleichsforderungen		
a) aus der eigenen Umstellung	77 251	
b) angekaufte	3 072	80 323
Lombardforderungen gegen		
a) Ausgleichsforderungen	6 042	
b) sonstige Sicherheiten	23	6 065
Kassenkredite an		
a) Landesregierung	13 000	
b) sonstige öffentliche Stellen	3 265	16 265
Beteiligung an der BdL		2 500
Sonstige Vermögenswerte		2 205
		123 029

* treuhänderisch für die BdL verwaltet.

** Mindestreserve gemäß § 6 Emissionsgesetz im Durchschnitt des Monats März 1950
Reserve-Soll 9 096
Reserve-Ist 9 096

PASSIVA:		
Grundkapital		10 000
Rücklagen und Rückstellungen		521
Einlagen		
a) von Kreditinstituten innerhalb des Landes (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)*	32 018	
b) von Kreditinstituten in anderen deutschen Ländern	653	
c) von öffentlichen Verwaltungen	14 727	
d) von Dienststellen der Besatzungsmächte	13 189	
e) von sonstigen inländischen Einlegern	5 476	
f) von ausländischen Einlegern	156	
g) zwischen den Zweiganstalten der LZB unterwegs befindliche Giroübertragungen	1 649	67 868
Lombardverpflichtungen gegen die BdL		40 813
Sonstige Verbindlichkeiten		3 827
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Inlandswechseln	72 441	
Auslandswechseln	291	
		123 029

* Mindestreserven gemäß § 6 Emissionsgesetz im Durchschnitt des Monats März 1950

Reserve-Soll	30 835	Summe der Überschreitungen	3 275
Reserve-Ist	33 998	Summe der Unterschreitungen	112
Überschußreserven	3 163	Überschußreserven	3 163

Freiburg i. Br., den 3. April 1950

Landeszentralbank von Baden
Reinel i. V. Schmitt

Ausweis der Landeszentralbank von Baden vom 7. April 1950 (Beträge in 1000 DM)

AKTIVA:		
Kassenbestand* (22 035)		
Guthaben bei der BdL		11
Postscheckguthaben		30
Wechsel und Schecks		391
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen sonstiger öffentlicher Stellen		5 150
Ausgleichsforderungen		
	80 091	
b) angekaufte	3 072	83 163
Lombardforderungen gegen		
a) Ausgleichsforderungen	6 400	
b) sonstige Sicherheiten	35	6 435
Kassenkredite an		
a) Landesregierung	12 500	
b) sonstige öffentliche Stellen	3 265	15 765
Beteiligung an der BdL		2 500
Sonstige Vermögenswerte		2 222
		115 667

* treuhänderisch für die BdL verwaltet.

PASSIVA:		
Grundkapital		10 000
Rücklagen und Rückstellungen		3 360
Einlagen		
a) von Kreditinstituten innerhalb des Landes (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	24 654	
b) von Kreditinstituten in anderen deutschen Ländern	285	
c) von öffentlichen Verwaltungen	17 697	
d) von Dienststellen der Besatzungsmächte	17 240	
e) von sonstigen inländischen Einlegern	7 767	
f) von ausländischen Einlegern	163	
g) zwischen den Zweiganstalten der LZB unterwegs befindliche Giroübertragungen	211	68 026
Lombardverpflichtungen gegen die BdL		29 600
Sonstige Verbindlichkeiten		4 681
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Inlandswechseln	70 183	
Auslandswechseln	537	
		115 667

Freiburg i. Br., den 12. April 1950

Landeszentralbank von Baden:
Hinckel i. V. Heidrich

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausweis der Landeszentralbank von Baden vom 15. April 1950 (Beträge in 1000 DM)

AKTIVA:		
Kassenbestand* (31 396)		
Guthaben bei der BdL		10 022
Postscheckguthaben		37
Wechsel und Schecks		1 305
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen sonstiger öffentlicher Stellen		5 150
Ausgleichsforderungen		
a) aus der eigenen Umstellung	80 091	
b) angekaufte	2 898	82 989
Lombardforderungen gegen		
a) Ausgleichsforderungen	7 390	
b) sonstige Sicherheiten	186	7 576
Kassenkredite an		
a) Landesregierung	11 900	
b) sonstige öffentliche Stellen	3 265	15 165
Beteiligung an der BdL		2 500
Sonstige Vermögenswerte		2 259
		127 003

PASSIVA:		
Grundkapital		10 000
Rücklagen und Rückstellungen		3 360
Einlagen		
a) von Kreditinstituten innerhalb des Landes (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	82 296	
b) von Kreditinstituten in anderen deutschen Ländern	318	
c) von öffentlichen Verwaltungen	17 964	
d) von Dienststellen der Besatzungsmächte	29 230	
e) von sonstigen inländischen Einlegern	4 673	
f) von ausländischen Einlegern	164	
g) zwischen den Zweiganstalten der LZB unterwegs befindliche Girobertragungen	1 088	85 733
Lombardverpflichtungen gegen die BdL		23 000
Sonstige Verbindlichkeiten		4 910
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen		
Inlandswechseln	71 035	
Auslandswechseln	692	
		127 003

* treuhänderisch für die BdL verwaltet.

Freiburg i. Br., den 18. April 1950.

Landeszentralbank von Baden:
Hinckel i. V. Heidrich

Ausweis der Landeszentralbank von Baden vom 23. April 1950 (Beträge in 1000 DM)

AKTIVA:		
Kassenbestand* (37 306)		
Guthaben bei der BdL		78
Postscheckguthaben		25
Wechsel und Schecks		703
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen sonstiger öffentlicher Stellen		5 150
Ausgleichsforderungen		
a) aus der eigenen Umstellung	80 091	
b) angekaufte	2 898	82 989
Lombardforderungen gegen		
a) Ausgleichsforderungen	7 264	
b) sonstige Sicherheiten	23	7 287
Kassenkredite an		
a) Landesregierung	3 800	
b) sonstige öffentliche Stellen	3 000	6 800
Beteiligung an der BdL		2 500
Sonstige Vermögenswerte		2 271
		107 803

PASSIVA:		
Grundkapital		10 000
Rücklagen und Rückstellungen		3 360
Einlagen		
a) von Kreditinstituten innerhalb des Landes (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter)	86 556	
b) von Kreditinstituten in anderen deutschen Ländern	768	
c) von öffentlichen Verwaltungen	17 302	
d) von Dienststellen der Besatzungsmächte	21 546	
e) von sonstigen inländischen Einlegern	11 151	
f) von ausländischen Einlegern	162	
g) zwischen den Zweiganstalten der LZB unterwegs befindliche Girobertragungen	1 652	89 137
Lombardverpflichtungen gegen die BdL.		500
Sonstige Verbindlichkeiten		4 806
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen		
Inlandswechseln	73 221	
Auslandswechseln	1 137	
		107 803

* treuhänderisch für die BdL verwaltet.

Freiburg i. Br., den 25. April 1950

Landeszentralbank von Baden
Hinckel i. V. Heidrich

Herausgeber und Schriftleitung
Badische Staatskanzlei, Freiburg i. Br., Rotteckplatz 4. – Fernsprechnummern 3901, 3902, 3903, 3904, 3905
Druck und Verlag: Poppen & Ortmann, Freiburg i. Br., Kaiser-Joseph-Straße 239, Fernsprecher: 3484

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg